Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 23 781
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Clara West und Tom Schreiber (SPD)

vom 15. Juni 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Juni 2020)

zum Thema:
Zukunft des Ausgleichsfonds Schießanlagen der Polizei Berlin

und **Antwort** vom 25. Juni 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Jun. 2020)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Frau Abgeordnete Dr. Clara West (SPD) und
Herrn Abgeordneten Tom Schreiber (SPD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/23781
vom 15. Juni 2020
über Zukunft des Ausgleichsfonds Schießanlagen der Polizei Berlin
---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Die Bewertungskommission des Ausgleichsfonds hat ihre Arbeit beendet und steht in der bisherigen Form nicht mehr zur Verfügung. Welches Verfahren ist daher anknüpfend an die Arbeit der Bewertungskommission vorgesehen, sofern bestehende Antragsteller nachträglich erkranken und einen Entschädigungsanspruch aus dem Fonds geltend machen wollen?

2. Wird es auch zukünftig die Möglichkeit geben, Neuanträge an den Fonds zu stellen? (Wenn ja, was sind die konkreten Modalitäten von Neuanträgen? Wenn nein, wie wird dies begründet?)

3. Wird die Arbeit der hierfür eingerichteten Geschäftsstelle weitergeführt und wenn ja, wie?

4. Sofern die Arbeit der Geschäftsstelle nicht weitergeführt wird, welches alternative Verfahren ist hinsichtlich der Antragstellung und Koordination geplant und welche Stelle übernimmt diese Aufgaben bzw. wer ist der/die entsprechende Ansprechpartner/in für Betroffene?

5. Wie steht der Senat zum Vorschlag der GdP, der DPolG und des BDK einen Expert/innenrat zu berufen, der künftig Einzelsachverhalte prüft sowie auch Korrekturen an vorhergehenden Entscheidungen vornehmen kann?

6. Wenn der Senat die Einrichtung eines Expert/innenrates befürwortet, welche konkreten Rahmenbedingungen müssten hierfür geschaffen werden und in welchem Zeitraum wäre dies zu realisieren? (Aufstellung erbeten.)

7. Wenn die Arbeit der Geschäftsstelle nicht fortgesetzt wird, wie bewertet der Senat eine vorübergehende Verlängerung der Tätigkeit der Geschäftsstelle bis zur Aufnahme der Tätigkeit eines Expert/innenrates?

Zu 1.-7.:
Über Jahre waren Mitarbeitende der Polizei Berlin in technisch veralteten Schießanlagen besonderen Gefahrensituationen ausgesetzt. Der Senat ist sich dieses Umstandes bewusst und bestrebt, die betroffenen Mitarbeitenden bestmöglich zu unterstützen.

Mit den für die Betroffenen erstmals im Haushalt 2018/2019 zur Verfügung gestellten Mitteln sind zügig und unbürokratisch Entschädigungen außerhalb des Dienstunfallrechts gezahlt worden. Mit dieser Entschädigung ist das Land Berlin einen bislang bundesweit einzigartigen Weg gegangen, um zügig und unbürokratisch zu entschädigen. Insgesamt sind rund 3,3 Millionen € ausbezahlt worden.

Für den Senat steht fest, dass es auch künftig möglich sein wird, Entschädigungszahlungen zu erhalten. Sowohl für das Haushaltsjahr 2020 wie auch 2021 sind Ansätze für Fürsorgeleistungen von jeweils 250.000 € vorgesehen.

Um Betroffene auch künftig bestmöglich zu unterstützen, prüft die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gegenwärtig verschiedene Modalitäten für künftige Entschädigungszahlungen und ist dazu unter anderem auch im Gespräch mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP), der Deutschen Polizeigewerkschaft im DBB (DPolG) und dem Bund Deutscher Kriminalbeamter (BdK), die im Mai 2020 einen gemeinsamen Vorschlag vorgelegt haben. Die Prüfung des weiteren Vorgehens hat dabei auch Urteile der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie arbeitsmedizinische gutachtliche Stellungnahmen zu berücksichtigen. Die Prüfung dauert gegenwärtig noch an.

Berlin, den 25. Juni 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport